

- PRESSEMITTEILUNG -

Marburg, 02.08.2018

2017: Beratung und Prävention gegen Rechtsextremismus so gefragt wie nie

Demokratiezentrum: Fallzahlen des Beratungsnetzwerks Hessen erreichen Höchststand

(Marburg, 02.08.2018) Immer mehr Menschen wenden sich an das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“: Im vorigen Jahr 2017 stiegen die Beratungs- sowie die Präventionsaktivitäten auf einen Höchststand an. Ursache dafür sind nach Ansicht der Experten u. a. ein wachsender Populismus und eine zunehmende Polarisierung, was zu Verunsicherungen und Radikalisierungen führe.

Das vom Land Hessen und vom Bund geförderte Beratungsnetzwerk Hessen berät Hilfesuchende wie Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen, Vereine, Diskriminierungsoffer und andere Betroffene in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Salafismus und bietet entsprechende Präventionsmaßnahmen an. Das an der Philipps-Universität in Marburg angegliederte Demokratiezentrum Hessen fungiert dabei als zentrale Anlauf- und Geschäftsstelle, das die Arbeit des Netzwerks koordiniert.

2017: Rekordzahlen registriert

Wie aus dem aktuellen Jahresbericht 2017 des Demokratiezentrums hervorgeht, verzeichnete das Beratungsnetzwerk Hessen im Jahr 2017 mit 142 neuen Beratungsfällen und 119 Präventionsangeboten Rekordzahlen seit Gründung des Netzwerks im Jahr 2007. „Es scheint, dass sich die bundesdeutsche Gesellschaft zunehmend polarisiert und gleichzeitig bei vielen Menschen die Unsicherheit wächst, wie sie etwa mit den zugespitzten Debatten im privaten, aber auch im beruflichen Umfeld umgehen können. Das zeigt sich auch an unseren Zahlen: Ob in der Schule, im Verein oder in hessischen Kommunen – die Zahl der Vorkommnisse mit einem rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Hintergrund nimmt nicht ab, der Bedarf nach Informationen und Fortbildung nimmt zugleich zu“, beschreibt der Leiter des Demokratiezentrums, Dr. Reiner Becker, die Lage.

Opferberatung besonders gefragt

Bei den Beratungsfällen fällt vor allem die stetig steigende Nachfrage in der Opferberatung auf: Allein rund 40 Personen nahmen 2017 dieses Beratungsangebot in Anspruch, das von der Beratungsstelle „response. Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt“ an der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt geleistet wird, die Ende 2017 eine Zweigstelle in Kassel eröffnete.

Prävention durch Fortbildungen, Workshops, Vorträge und Informationen

Deutlich erhöht hat sich im vergangenen Jahr auch die Zahl der Präventionsprojekte mit 119 Angeboten im Vergleich zum bisherigen Rekordjahr 2016 (92 Fälle). Hinzu kamen 220 Bildungsveranstaltungen von Trägern, die durch das Beratungsnetzwerk Hessen gefördert werden. Es wurden überwiegend Fortbildungen, Workshops sowie Vorträge angeboten, ferner zahlreiche Diskussionen und Fachgespräche. Informationsmaterial ergänzte das Präventionsangebot.

Neben der detaillierten statistischen Auswertung finden sich in dem 60-seitigen Jahresbericht u. a. Kapitel über Neuigkeiten aus dem Netzwerk, über die Vernetzungs-, Austausch- und Weiterbildungsaktivitäten sowie ein ausführliches Kapitel mit Praxisbeispielen.

Den Jahresbericht 2017 des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ kann man sich runterladen auf: <http://beratungsnetzwerk-hessen.de/jahresberichte>.

(3.315 Zeichen mit Leerzeichen)

.....

HINTERGRUND:

Über das Beratungsnetzwerk Hessen und das Demokratiezentrum Hessen

Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Salafismus vorzubeugen und entgegenzuwirken – das ist Ziel und Aufgabe des „beratungsNetzwerks hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Seit 2007 berät es in solchen Fällen Hilfesuchende – Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen, Vereine, Diskriminierungsopfer und andere Betroffene – und bietet ein breites Spektrum entsprechender Präventionsmaßnahmen an. Die professionelle Beratung ist individuell, qualifiziert, vertraulich und kostenlos.

Im Beratungsnetzwerk kooperieren zahlreiche relevante staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit eingesetzte mobile Beraterinnen und Berater, um sich gemeinsam für die beschriebenen Ziele und Aufgaben einzusetzen. Zentrale Fach-, Anlauf- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks ist das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg angesiedelt ist. Es vermittelt Ansprechpartner_innen vor Ort, koordiniert die Beratung, Vernetzung und Prävention und dokumentiert die Arbeit des Beratungsnetzwerks Hessen. Finanziert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrums Hessen durch das Hessische Ministerium des Inneren und für Sport im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ sowie durch das Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend über das Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.
Internetadresse: <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/>



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**